

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 10

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bundesrat Furglers Ordnungsverständnis

Bundesrat Furgler äusserte sich seit der Zeit, da er an der Spitze des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes getreten ist, verschiedentlich zur Marktwirtschaft als einem Ordnungsbild, dessen Grundprinzipien zu beachten seien. Aus diesen Bemerkungen ist eigentlich ein *Bekanntnis* abzuleiten. Und in einem solchen Bekenntnis, das sollte mindestens sein Inhalt sein, schwingt die Überzeugung mit, dass die marktwirtschaftliche Ordnungsvorstellung grundsätzlich zwei Dinge zu leisten vermag: Einmal setzt sie Entscheidungsbedingungen, die es den Wirtschaftssubjekten erlauben, die Produktionsfaktoren, über die sie verfügen, an die Orte ihrer «besten» Verwendung zu lenken, und zweitens offeriert sie den Wirtschaftssubjekten einen vergleichsweise grossen Entscheidungsraum (Dezentralisation), der sie in den Stand setzt, ihre am Wirtschaftlichkeitsprinzip orientierten Prioritäten zu verwirklichen.

In diesem Sinne ist die liberal eingefärbte Ordnungsvorstellung der Marktwirtschaft kein Reflex einer zwischen Himmel und Erde schwebenden Philosophie oder Ideologie. Vielmehr folgt sie dem Grundsatz der wirtschaftlichen *Zweckrationalität*, der in eine Entscheidungsstruktur eingebettet ist, die dem «Wesen» des Menschen (Hang, nach der eigenen Façon selig zu werden) entgegenkommt. Natürlich folgt die so verstandene Marktwirtschaft

längst nicht mehr einer voll individualistisch durchkomponierten Partitur. Die Abgrenzung zwischen der Erfüllung individueller und kollektiver Bedürfnisse gehört zu ihren Problemkomplexen. Trotzdem: Die Akzente sind klar gesetzt.

Wer sich also coram publico zur Marktwirtschaft bekennt, muss dies mit Entscheiden belegen, die mit den Prinzipien dieses Ordnungssystems wenigstens einigermaßen konform laufen. Darin liegt ja der Sinn einer jeden Ordnungsvorstellung, dass sie nämlich für die praktische Wirtschaftspolitik *Kriterien* liefert, die es erlauben, ein wünschenswertes von einem eher fragwürdigen wirtschaftspolitischen Verhalten zu unterscheiden. Sie stellt der Wirtschaftspolitik einen Kompass zur Verfügung. Wer keinen Kompass hat, läuft Gefahr, zwar möglicherweise «pragmatisch», im Kern aber doch richtungslos oder inkonsistent zu handeln.

Es gibt nun verschiedene Indizien, die darauf hindeuten, dass der Wirtschaftsminister zwar die Marktwirtschaft verbal belobigt, jedoch einige Mühe bekundet, ihr auch zu folgen. Die globale Bezichtigung der schweizerischen Wirtschaft – gemeint sind die Unternehmungen –, dass sie unter Innovationsschwäche leide, dass sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt habe, dass sie, mit anderen Worten, zu wenig dynamisch sei und damit die

Zukunftssicherung aufs Spiel setze, ist in dieser Pauschalform gewiss nicht haltbar. Und wer dieses Argument als «Legitimation» für interventionistische, also nicht ordnungskonforme Massnahmen benützt, setzt sich zumindest dem Vorwurf aus, die Ordnungskonformität als Handlungsrichtlinie nicht allzu ernst zu nehmen. In die gleiche Richtung deuten die «Erklärungen», die Furgler mit Hilfe des Fernsehens aus Japan in die heimlichen Gefilde sendete: Ist es tatsächlich der Weisheit letzter Schluss, Japan als marktwirtschaftliches Bollwerk zu feiern und die enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft als beispielhaft herauszustellen? Die Wirtschaft Japans ist zwar sicherlich erfolgreich. Aber sie ist eben nicht auf einem

liberalen Urgrund gewachsen, und die von ihr verwendeten Methoden, die spezifische historische Wurzeln aufweisen, haben deshalb den westlichen Staaten einige Pein verursacht, weil sie interventionistischem Denken entspringen. Ein Vorbild? Man muss Japan kapieren, deshalb aber noch nicht notwendigerweise kopieren wollen.

Ordnungspolitik heisst nicht, ein bestimmtes wirtschaftliches Gebiet gesetzgeberisch zu regeln. Es kommt vielmehr entscheidend darauf an, *wie* die durch die gesetzgeberische Maschinerie fixierten Entscheidungsbedingungen für die Wirtschaft beschaffen sind. Diese Problematik scheint momentan im Bundeshaus nicht allzu subtil behandelt zu werden.

Willy Linder

Rücktritt eines «Charismatikers»

Krankheit, Altersbeschwerden, mehr noch der Tod der Gattin haben Menachem Begin allerdings schon lange im voraus verkündeten Beschluss bestärkt, bald nach seinem 70. Geburtstag abzutreten. Ist ihm aber aus diesen persönlichen Gründen so sichtbar die Führung entglitten oder gab es objektive Gründe dafür, dass er seine Autorität nicht mehr einsetzen konnte?

Ein Machtwort im offenen Streit der Minister, von denen jeder sein Ressort vor den unabdingbaren Sparmassnahmen abschirmen wollte, hat er nicht gesprochen. Schon der schnelle Wechsel der Finanzminister wies auf eine Schwäche hin. Es mag auch sein, dass der Visionär eines Gross-Israel für die

Fragen der Wirtschaft selber zu wenig Sachverstand mitbrachte und sich lieber – dafür gibt es auch Beispiele in anderen Staaten – den «hohen Aufgaben» widmen wollte.

Der Befund der Kommission über die israelischen Handlungen, Unterlassungen und jedenfalls Verantwortungen für die Massaker in zwei Beiruter Palästinenserlagern war für Begin gerade deshalb so peinlich, weil der Regierungschef erklärte, von diesen aufwühlenden Geschehen erst durch eine englische Radiosendung erfahren zu haben. Wenn das zutraf, bedeutet es, dass Sharon bereits als «Shogun» eines Schattenkaisers gehandelt hatte.

Menachem Begin ist als langgedien-

ter Politiker und zugleich schärfster Gegner des Establishment der sozialistischen «Gründer» beides gewesen: ein «Charismatiker», der die sich ausgeschlossen fühlenden Massen begeisterte, und ein Manövrierer, der schwierige Koalitionen zusammenhielt.

Ist eine solche Doppelfunktion auf den von der Herut-Partei bestimmten Nachfolger Schamir übertragbar? Vermag unter den neuen Umständen diese Koalition zu halten? Wenn das nicht der Fall ist, kommt es zu Wahlen, deren Ausgang ungewiss ist. Es mögen sich genug neue Unzufriedenheiten gesammelt haben, um auch der Arbeiterpartei, die sich an Haupt und Gliedern wenig regeneriert hat, eine Chance zu geben. Denn freilich hätte die Linke – wie heute in Frankreich – eine Politik der «austerität» zu tragen, auf die sie kaum vorbereitet ist.

Würde ein Machtwechsel die Außenpolitik wesentlich verändern? Durch Beginns Sieg sind gewisse Entwicklungen gefördert worden, die bis dahin nur geduldet waren; das gilt insbesondere für die Siedlungen in Cisjordanien. Kann irgendeine Nachfolgeregierung wieder vom «besetzten Gebiet» sprechen, über das zu verhan-

deln ist – «ein Stück Land gegen ein Stück Frieden»? Die Räumung des Sinai – ein Gebietsverzicht, den vielleicht nur ein Begin durchsetzen konnte und den ihm manche seiner Mitstreiter nicht verzeihen – erscheint in Israel nicht als Beginn, sondern Abschluss territorialer Veränderungen und Verzichte. Die Verstrickung in die Wirren des Libanon seien hier ausgeklammert.

Begin ist manchmal von der Presse als «Faschist» bezeichnet worden. Diese ohnehin zu leichthin verwendete Etikette passt auf einen auch extremen Nationalisten nicht, solange weder die Unabhängigkeit der Gerichte noch die Freiheit der Wahlen geschmälert sind. Die Vorstellung, dass eine intakt funktionierende Demokratie unbedingt sympathisch sein muss, ist extrem unpolitisch.

Der Sieg einer populistischen Rechten hatte bewiesen, dass kein «Establishment» unerschütterlich ist. Das gleiche liess sich vom Sieg der Sozialisten in Frankreich sagen. Der Umstand, dass es Machtwechsel und «Wandel der Zeiten» gibt – «Hoffnung der Völker» nannte es Brecht –, ist aber rück- und vorwärtsblickend positiv zu bewerten.

François Bondy